

Streit über Betriebsratswahl

Verdi zufolge hat die französische Bank die Gründung einer Arbeitnehmervertretung verhindert.

BNP Paribas soll eine Betriebsratswahl verhindert haben. Das wirft Verdi der Frankfurter Niederlassung der französischen Bank vor. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft mutmaßt, dass Angestellte geschickt wurden, um die Wahl zu unterbinden. Die Bank indes bestreitet die Vorwürfe.

FRANKFURT A.M. · Der Ärger begann für Samuel McCaffrey* mit der Versetzung in eine andere Abteilung. Statt bei seinem Arbeitgeber BNP Paribas Securities Services Frankfurt drei Banken in Boston zu betreuen, sollte er nach eigenen Angaben „Mädchen für alles“ in einer anderen Abteilung werden. Eine plausible Begründung sei ihm sein Vorgesetzter schuldig geblieben. „Der nächst höhere Vorgesetzte fühlte sich nicht zuständig“, sagt McCaffrey.

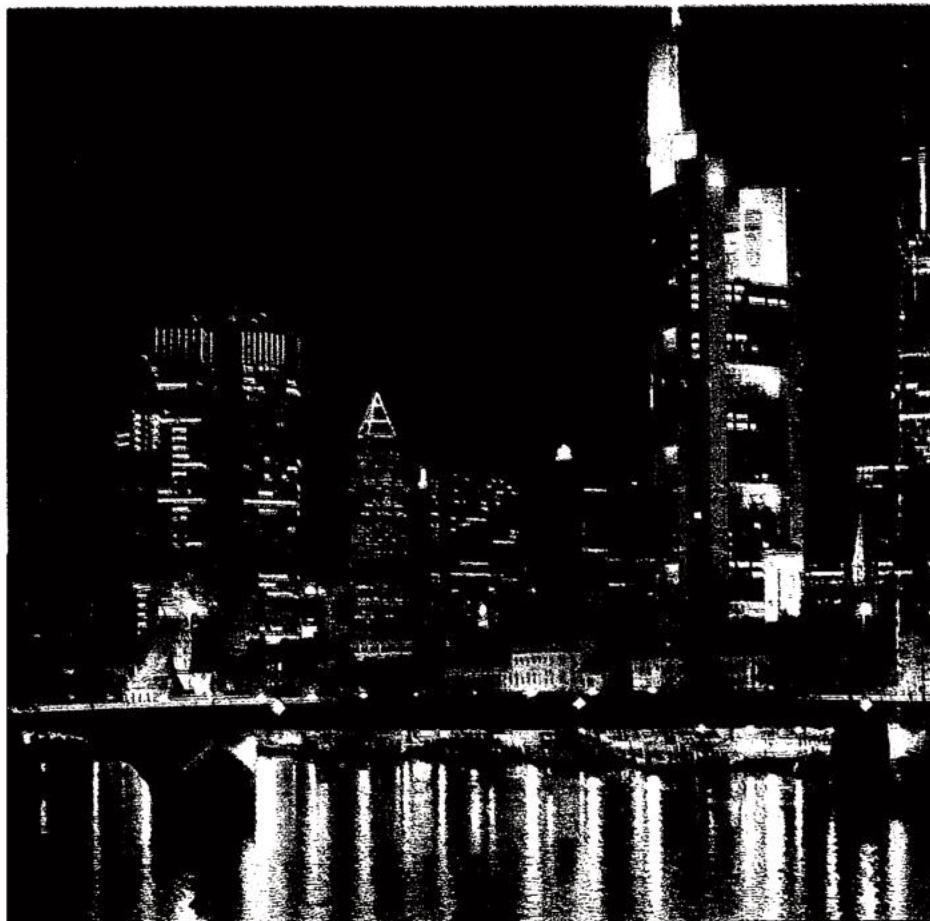
Angst innerhalb der Belegschaft

Er bat Kollegen, ihn bei der Gründung eines Betriebsrats zu unterstützen. Einige hätten ihm jedoch gesagt: „Ich habe Familie, das kann ich nicht machen.“ Im Frühsommer 2005 hatte McCaffrey fünf Mitstreiter gefunden und lud die Kollegen zur Gründung eines Betriebsrats für den 16. August ins Frankfurter Gewerkschaftshaus. Ein Kollege mailte: „Ich hätte nicht gedacht, dass Du's schaffst.“ Viele Kollegen hätten spontan zugesagt, auf jeden Fall dabei zu sein.

Als seine Mitstreiter die Einladung im Betrieb aushängten, war McCaffrey im Urlaub. Er sei in Abwesenheit erneut versetzt worden: Zum Sortieren von Microfiches. Einen Tag vor der anberaumten Gründung des Betriebsrats teilten ihm seine Vorgesetzten mit, er sei fristlos gekündigt. Als Grund nannten sie einen mehr als fünf Wochen zurückliegenden Vorfall, für den McCaffrey bereits abgemahnt wurde. Zwei Vorgesetzte hatten ihn so nachhaltig befragt, dass McCaffrey das Wort „Gestapo-Methoden“ verwendet haben soll.

McCaffrey entgegnete auf die fristlose Kündigung im betriebsüblichen „Du“: „Wir werden uns wieder sehen, da wirst du dich freuen.“ Ein gerichtliches Nachspiel habe er damit ankündigen wollen, beteuert der Geschäftsste. Der Arbeitgeber aber sah sich bedroht und kündigte ihm erneut fristlos.

Die geplante Betriebsratswahl konnte McCaffrey unter diesen Umständen nicht mehr leiten. Die Initiativgruppe war ver-



Rund 190 ausländische Banken sind in der Finanzmetropole Frankfurt vertreten. Nicht jedes ist

stört. Zum Termin im Gewerkschaftshaus kamen nur 53 der 164 Beschäftigten – darunter auch 15 leitende Angestellte.

McCaffreys Kollege Jason Green*, der ihn vertreten sollte, habe Repressalien befürchtet und erschien zunächst nicht. „Die Stimmung im Saal wurde immer schlechter“, sagte Walter Kaufmann, Gewerkschaftssekretär bei Verdi. Green kam schließlich doch – mit 45 Minuten Verspätung. Nachdem Kaufmann das Verfahren der Wahl erklärt hatte, fragte Green die Arbeitnehmer, ob sie Einwände gegen das Verfahren hätten. Nachdem kein Einwand vorgebracht worden sei, bat Green zwei leitende Angestellte, den Raum zu verlassen. Diese hätten sich aber geweigert und ein Recht auf Anwesenheit behauptet.

Kaufmann insistierte nicht, obwohl er der Auffassung war, die beiden hätten nichts

bei der Wahl zu suchen. Der Gewerkschafter erläuterte die Tätigkeit eines Betriebsrats. Dann ergriffen einige leitende Angestellte der Bank das Wort und bezweifelten Notwendigkeit wie Effizienz des Gremiums. Wie McCaffreys Anwalt Rodolfo Dolce in einer einstweiligen Verfügung anführt, soll ein Abteilungsleiter behauptet haben, der Betriebsrat könne Bonusregelungen zum Nachteil der Arbeitnehmer überprüfen.

Die Stimmung kippt

Die Leiterin einer anderen Abteilung soll unterstellt haben, in ihrem ehemaligen Unternehmen hätten Verhandlungen mit dem Betriebsrat dazu geführt, dass Überstunden nicht mehr vergütet würden. Dann habe ein Angestellter in die Versammlung gerufen: „Wir müssen zuerst beschließen, ob wir einen Betriebsrat überhaupt wollen.“ Kauf-

bei BNP Paribas

ndert / Initiator klagt gegen seine Kündigung



BILD: FRANK RUMPFENHORST/AP

itut dürfte einen Betriebsrat haben.

ann sagte, er habe eine solche Situation noch nie erlebt, unternahm aber nichts, um die Abstimmung zu verhindern. „Das wäre mit Verweis auf die Tagesordnung möglich gewesen, die ganz klar darin bestand, zunächst einen Wahlvorstand und danach den Betriebsrat zu wählen“, sagt McCaffreys Anwalt Dolce. Kaufmann behauptet jedoch, es sei nicht klar gewesen, ob es eine Tagesordnung gibt. Diese soll allen bereits mit dem ersten Schreiben zugegangen sein. „Wir hatten alles sorgfältig vorbereitet, um bloß keinen Fehler zu machen“, betont McCaffrey. Kaufmann glaubte nach eigenen Angaben, „die Abstimmung würde locker positiv ausgehen“, weil er viele Zweifel habe ausräumen können. Er zählte jedoch 27 Nein-, 24 Ja- sowie zwei ungültige Stimmen und schloss daraufhin die Versammlung. „Ich tte an diesem Abend den Eindruck, dass

WAHLVERFAHREN

■ Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer regelt das Betriebsverfassungsgesetz. In Betrieben ohne Arbeitnehmervertretung können entweder drei wahlberechtigte Arbeitnehmer oder eine im Betrieb vertretene Gewerkschaft zur Betriebsversammlung einladen. Dort werden wenigstens drei Arbeitnehmer in den Wahlvorstand gewählt. Dieser leitet die Wahl des Betriebsrats ein. Als Arbeitnehmer gelten Arbeiter, Angestellte und Auszubildende. Ausgenommen sind Personen mit Arbeitgeberfunktionen sowie leitende Angestellte. MELANIE AGNE

die Betriebsratswahl verhindert werden sollte“, sagte Kaufmann. Nach der Abstimmung habe er von Angestellten erfahren, dass „einige Mitarbeiter geschickt“ worden seien, „um die Wahl zu verhindern“. Im Anschluss teilten Green und ein weiterer Unterstützer der Initiativgruppe McCaffrey mit, dass sie nach dieser Versammlung für sich selbst Nachteile erwarteten und daher mit der Betriebsratswahl nichts mehr zu tun haben wollten. Weder sie noch die drei anderen, die sich nicht ausdrücklich distanzierten, wollten der FR gegenüber Angaben machen.

Teilerfolg für Firma vor Gericht

McCaffreys Vorgesetzte Carsten Esbach und Gerald Noltsch bestritten gegenüber der FR einen Zusammenhang zwischen Kündigung und Betriebsratsaktivität ihres ehemaligen Angestellten. Im übrigen wollten sie sich zu Personalangelegenheiten „nicht äußern“. Esbach verwies dennoch auf einen Etappensieg, den die Bank vor dem Arbeitsgericht Frankfurt errungen hat: Die einstweilige Verfügung, mit der McCaffrey seine Wiedereinstellung erreichen wollte, wurde im Eilverfahren zurückgewiesen. Nach Auffassung des Gerichts sei es dem Arbeitgeber unbenommen, McCaffreys Äußerung „als eine Bedrohung des Vorgesetzten zu verstehen“, weil er „keinen Zusammenhang zu einer Gerichtsverhandlung hergestellt“ habe. Die Beweisaufnahme folgt im Februar. McCaffreys Anwalt sieht gute Chancen: „Die Gründe für die fristlose Kündigung waren völlig fadenscheinig.“ MELANIE AGNE

* Namen von der Redaktion geändert

Societäts-Druckerei

Verdi fordert Garantie für Arbeitsplätze

FRANKFURT A.M. · Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) hat die Frankfurter Societäts-Druckerei (FSD) aufgefordert, eine Garantie für den Erhalt der Arbeitsplätze und der tariflichen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten des so genannten Akzidenzbereichs abzugeben.

Die in Mörfelden bei Frankfurt ansässige FSD habe angekündigt, die Akzidenzdruckerei an die Tochter Westdeutsche Verlags- und Druckereigesellschaft (WVD) zu verpachten. Dabei sollen laut Verdi 114 Beschäftigte durch Betriebsübergang von ihrem bisherigen Arbeitgeber in die Tochterfirma wechseln, die im Gegensatz zur Societäts-Druckerei nicht tarifgebunden sei.

Die FSD druckt unter anderem die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die im eigenen Haus erscheinende *Frankfurter Neue Presse*.

In der Akzidenzparte der FSD werden überwiegend Zeitschriften von Fremdkunden produziert. Für die betroffenen Beschäftigten fordert Verdi den Abschluss eines Haustarifvertrags und ein Rückkehrrecht der Beschäftigten zur FSD, falls die WVD Personal abbaut oder geschlossen werden sollte. Die FSD solle auch für alle Ansprüche gerade stehen, die seitens der Beschäftigten gegenüber der WVD entstehen könnten. PDI

Sparkassen

Gespräche über umstrittenes Gesetz

FRANKFURT A.M. · Im Streit über die geplante Änderung des hessischen Sparkassengesetzes wollen Landesregierung und Sparkassenverband noch im Januar das Gespräch suchen. An dem Treffen, dessen genaues Datum nicht genannt wurde, sollten Wirtschaftsminister Alois Rhiel (CDU) und der Präsident des Sparkassenverbandes Hessen-Thüringen, Gregor Böhmer, teilnehmen, erklärten beide Seiten.

Bei dem Gespräch solle nach Möglichkeiten gesucht werden, die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Einführung übertragbaren Stammkapitals bei Sparkassen zu begrenzen.

Hessens Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) will die Bildung von Stammkapital bei Sparkassen möglich machen und damit Fusionen innerhalb des öffentlich-rechtlichen Sektors erleichtern.